

Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Präsidialabteilung

GZ.: Präs - 20.13-1/89-12

Graz, am 30. Oktober 1989

Ggst.: Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Finanzausgleichsgesetz 1989 - FAG 1989 geändert wird.

Tel.: (0316) 877/2428 od
2671

DVR-Nr. 100872
PRÄSIDIUM GESETZENTWÜRF

Z. 81 GE/9 SP

Datum: 8. NOV. 1989

10. Nov. 1989

Verteilt. sent

1. Dem Präsidium des Nationalrates, 1010 Wien,
Dr. Karl Renner-Ring 3 (mit 25 Abdrucken); *fr. Punktieren*
2. allen steirischen Mitgliedern des Nationalrates;
3. allen steirischen Mitgliedern des Bundesrates;
4. allen Ämtern der Landesregierungen
(Landesamtsdirektion);
5. der Verbindungsstelle der Bundesländer beim
Amt der NÖ Landesregierung, 1014 Wien,
Schenkenstraße 4,

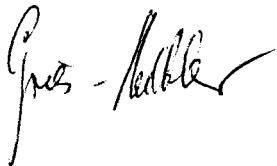
zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Steiermärkische Landesregierung:

Der Landeshauptmann:

Dr. Krainer eh.

F d R d A.:





AMT DER
STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG

8011 Graz, Landesregierung – Rechtsabteilung 10

An das
Bundesministerium
für Finanzen

Himmelpfortgasse 4 - 8
1015 Wien

GZ 10 - 28 F 1/642 - 1989

Ggst Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Finanzausgleichs-
gesetz 1989 - FAG 1989 geän-
dert wird

Bezug: Z1. 61 1010/8-II/11/89

Rechtsabteilung 10 – Landesfinanzen

8011 Graz, Hofgasse 15

DVR 0087122

Bearbeiter Dr. Weiß

Telefon DW (0316) 8030X 877/2569
Telex 311838 lrgr a

Parteienverkehr
Montag bis Freitag 8 bis 12 Uhr

Bitte in der Antwort das Geschäftszeichen (GZ)
dieses Schreibens anführen

Graz, am 17. Oktober 1989

*In obiger Angelegenheit wird seitens der Steiermärkischen Landesre-
gierung zum vorliegenden Gesetzesentwurf wie folgt Stellung genommen:*

Zu Art. I Ziff. 1:

Kein Einwand

Zu Art. I Ziff. 2 und 3:

*Vom Land Steiermark wird prinzipiell das Bestreben unterstützt, die finanzielle Basis der Gemeinden zu sichern. Den Ländern sollte jedoch im Finanzausgleichsgesetz 1989 die Möglichkeit eingeräumt werden, darüber zu entscheiden, ob die Abgabe für Speiseeis und Getränke wie bisher als Verbrauchssteuer oder wie auch von den Gemeindebünden vorgeschlagen, in Zukunft mit bundesgesetzlich vorgegebenen Rahmenbedingungen als umsatzsteuerähnliche Verkehrssteuer eingehoben werden sollte. Über diesen Punkt wären ehestens Verhandlungen der Finanzaus-
gleichspartner zu führen.*

- 2 -

Zu Art. I Ziff. 4 und 5:

Kein Einwand

Zu Art. I Ziff. 6 und 7:

Die Absicht, den Gemeinden als gesetzlichen Schulerhaltern für den Informatikunterricht die Erstausstattung an Software zur Verfügung zu stellen, wird grundsätzlich begrüßt und werden keine Einwendungen erhoben.

Für die Steiermärkische Landesregierung:

Der Landeshauptmann:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "J. Janitsch".